

ANFRAGE von Michèle Dünki (SP, Glattfelden), Markus Schaaf (EVP, Zell) und Benedikt Gschwind (SP, Zürich)

betreffend Lohnentwicklung des kantonalen Personals

Am 7. November haben die beiden vom Kanton anerkannten Sozialpartner Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) und Vereinigte Personalverbände (VPV) eine Lohnumfrage veröffentlicht, an der sich mehr als 7000 Personen beteiligt haben – knapp die Hälfte Angestellte des Kantons (49 %).

22 % der Teilnehmenden geben an, seit 2010 nie eine Lohnerhöhung erhalten zu haben, weitere 31,1 % erhielt seit 2010 eine einzige Lohnerhöhung. Je höher der Lohn und je höher der Beschäftigungsgrad, umso eher gab es eine Lohnerhöhung. Umgekehrt: Tieflohngruppen und Beschäftigte mit kleinen Teilzeitpensen sahen kaum je etwas von einer Lohnerhöhung. Bei den Einmalzulagen ist das Bild noch krasser: 54,6 % der Teilnehmenden haben seit 2010 nie eine Einmalzulage erhalten! Und auch von denen, die eine Einmalzulage erhielten, war dies bei 58 % seit 2010 ein einziges Mal der Fall. 57 % dieser Einmalzulagen liegen zudem unter 1000 Franken, 27 % sogar unter 500 Franken.

Entsprechend unzufrieden sind die Angestellten denn auch mit der Lohnentwicklung: Drei Viertel der Teilnehmenden geben an, mit ihrer Lohnentwicklung unzufrieden zu sein (24 % sehr unzufrieden, 27 % unzufrieden, 22 % eher unzufrieden).

Auch wenn die Umfrage keinen Anspruch auf Repräsentativität erhebt, zeigt sie doch ein klares Stimmungsbild und wirft Fragen auf.

Die Anfragestellenden bitten den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Die Umfrage widerspiegelt das Empfinden der Mitarbeitenden. Stimmen die Einschätzungen bezüglich Lohnerhöhungen und Einmalzulagen mit den Informationen des Regierungsrates überein?
2. Wie wichtig beurteilt der Regierungsrat die Zufriedenheit seiner Mitarbeitenden? Wie misst er diese Zufriedenheit? Welche Rolle spielt nach Einschätzung des Regierungsrates dabei die Entlohnung?
3. Knapp die Hälfte der Mitarbeitenden geben an, mit ihrer Entlohnung nicht zufrieden zu sein. Welche Ursachen sieht der Regierungsrat für diese hohe Unzufriedenheit?
4. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, damit künftig vor allem Teilzeitbeschäftigte und Mitarbeitende in Tieflohnklassen in den Genuss von Lohnerhöhungen und Einmalzulagen kommen?
5. Besonders betroffen von dieser Verteilung sind Frauen, da sie im Bereich der Teilzeitbeschäftigten und der Tieflohnklassen einen überdurchschnittlichen Anteil ausmachen. Wie gedenkt der Regierungsrat sicherzustellen, dass Frauen gleichberechtigt an den Lohnerhöhungen und Einmalzulagen teilhaben?
6. Der Teuerungsausgleich wird per 1. Januar 2019 mit 1 % gewährt. Vor allem wegen den Miet- und Gesundheitskosten sind die Lebenshaltungskosten massiv gestiegen. Diese Kosten sind nicht einkommensabhängig und treffen damit tiefe Einkommen besonders. Wäre es nicht zweckmässig, für die Lohnanpassungen einen fixen Betrag zu definieren, den alle Beschäftigten im Minimum erhalten?
7. Gegenüber dem UBS-Lohnindex besteht seit 2010 ein Rückstand von 2.5% bei der Lohnentwicklung. Wie gedenkt der Regierungsrat, diesen Rückstand aufzuholen?

Michèle Dünki
Markus Schaaf
Benedikt Gschwind